

SWR2 Wissen: Aula

Corona-Krise – Hat die Pandemie die Demokratie beschädigt?

Von Felix Heidenreich

Sendung: Sonntag, 14. März 2021, 8.30 Uhr

Redaktion: Ralf Caspary

Produktion: SWR 2021

Wie ein Brennglas hat das Corona-Virus die sozialen, politischen und ökonomischen Probleme der Gesellschaft offenbart. Vor allem im Umgang mit Risiken müssen wir noch einiges lernen.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Anmoderation:

Mit dem Thema: „Corona-Krise – Was muss die Demokratie aus der Pandemie lernen?“, am Mikrofon: Ralf Caspary.

Vor einem Jahr wurde deutlich, dass das Corona-Virus kein chinesisches Problem bleiben, sondern sich zu einer globalen Pandemie entwickeln würde. In der deutschen Öffentlichkeit waren es vor allem die Nachrichten aus der italienischen Region Bergamo, die eine Schockwirkung auslösten. Das ganze zurückliegende Jahr 2020 war in der Folge davon geprägt, dass Infektionszahlen, Reproduktionsraten und Sterbefälle interpretiert und Maßnahmen kontrovers diskutiert wurden. Die ganze Weltgesellschaft wurde einem bisher unbekanntem Stresstest unterzogen. Unter besonderer Beobachtung standen jene Gesellschaftssysteme, in denen die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger Beachtung finden: die Demokratien.

Was hat das Corona-Virus mit uns und unserer Demokratie gemacht, welche Lektionen hat es uns erteilt? Noch ist die Krise nicht zu Ende, und doch darf man nach einem Jahr ein erstes Fazit versuchen. Das liefert in der Aula der Politikwissenschaftler Felix Heidenreich.

Felix Heidenreich:

Im Dezember 2019, ja selbst noch im Januar 2020 schien das Corona-Virus weit weg von Europa zu sein. Merkwürdige Nachrichten aus einer chinesischen Provinzhauptstadt interessierten damals bestenfalls einige Expertinnen und Experten. Die breitere deutsche Öffentlichkeit indes hatte andere Sorgen. Die Nachfolge auf dem Posten des CDU-Vorsitzes schien das drängendste Problem zu sein.

Doch dann kam die Pandemie nach Europa und plötzlich war alles anders. Was von manchen zunächst für eine Art Husten gehalten wurde, erwies sich bald als eine brandgefährliche virale Erkrankung, die sich zunächst langsam und dann immer schneller ausbreitete. Die größte Krise seit 1945 durchleben wir gerade – so war seitdem oft zu hören. In der Tat: Die langfristigen Folgen für die Bildungswege vieler Kinder und Studierender, aber auch die ökonomischen Auswirkungen vor allem für Selbstständige, für die Gastronomie, für die freien Künstlerinnen und Künstler, für den Einzelhandel, sind dramatisch.

Wie aber haben verschiedene Demokratien auf diese Herausforderung reagiert? Hat das vergangene Jahr die Krise der repräsentativen Demokratie, von der lange vor Ausbruch der Pandemie die Rede war, verstärkt? Oder im Gegenteil: Hat unsere kollektive Anstrengung erkennbar gemacht, dass diese Krise der Demokratie so dramatisch gar nie war, dass sich Bürger*innen einerseits und Politiker*innen andererseits alles in allem eben doch mehr oder weniger vertrauen? Können nach rund einem Jahr allgemeine Lehren aus unserer Erfahrung mit dem Virus gezogen werden?

Diese Fragen sind äußerst schwierig zu beantworten. Sie zu stellen, während die Pandemie ja noch unser Leben beherrscht, mag unseriös erscheinen. Es sei noch zu früh, um Lehren zu ziehen, so könnte man einwenden. Zudem gibt es in der Öffentlichkeit bisweilen eine Tendenz zur Besserwisserei – und das Internet bietet bekanntlich die Möglichkeit, eine je private Theorie als Grundlage für diese Besserwisserei zusammen zu kochen. Ist es also noch zu früh für Bilanzen? Ist es unhöflich und kleinkrämerisch nach den *lessons learned* zu fragen?

Dagegen ließe sich einwenden, dass man mit dem Lernen besser früher als später anfängt, ja genaugenommen so früh wie irgend möglich. Und vielleicht lässt sich ein Beitrag zu diesem kollektiven Lernen aus der Pandemie auch ohne den in Deutschland bisweilen anzutreffenden belehrenden Tonfall leisten. Wie aber bekommt man angesichts der Komplexität des Gegenstandes methodisch festeren Boden unter die Füße? Wie lässt sich Ordnung in den Wust der zahllosen Aspekte hineinbringen, mit denen zu beschäftigen uns die Corona-Krise ja zwingt?

Vielleicht hilft zunächst eine disziplinäre Beschränkung. Die Medizin, die Virologie, die Pandemieforschung, die Wirtschaftswissenschaften, die Rechtswissenschaften (vor allem das Verfassungsrecht) – all diese Disziplinen werden ganz eigene Lehren und Schlussfolgerungen aus dem Krisenjahr ziehen.

Im Folgenden soll es jedoch nur um eine politikwissenschaftliche und demokratietheoretische Perspektive gehen. Dazu möchte ich im Folgenden in drei Schritten eine grobe Skizze zeichnen. *Erstens* möchte ich unter Rückgriff auf Ulrich Beck an den Begriff der Risikogesellschaft erinnern. *Zweitens* möchte ich fragen, was wir bezüglich einer erfolgreichen Integration von Expertise in den politischen Prozess gelernt haben. Und *drittens* will ich abschließend für eine Wiederentdeckung des Möglichkeitssinns, der Fantasie und für die Ausweitung unseres Aufmerksamkeitshorizonts plädieren.

Politik in der Risikogesellschaft

Ich komme zu meinem ersten Punkt: Politik in der Risiko-Gesellschaft. Ein Argument, das immer wieder aufgerufen wird, lautet: Die Pandemie habe gezeigt, was vorher bereits der Fall war. Aus dieser Perspektive haben das Corona-Virus und die umfassenden Reaktionen auf die Pandemie keine entscheidenden strukturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft angeschoben, sondern lediglich einen Schleier weggerissen, der gewisse Zustände verdeckt hielt.

Die Pandemie hat uns beispielsweise mit aller Härte daran erinnert, dass wir eine Debatte darüber führen sollten, wie wir Einsamkeit im Alter verhindern können, wie wir den letzten Lebensabschnitt eigentlich gestalten wollen. Der gesamtgesellschaftliche Umgang mit alten Menschen ist nicht nur betrifft eben nicht nur die verbesserungswürdige Situation in Pflegeheimen oder die ungleiche Verteilung von Pflegearbeit.

Die Pandemie macht aber auch soziale Ungleichheiten erkennbar, ungleiche Bildungschancen, ungleich verteilten Wohnraum. Sie macht offensichtlich, dass *manche* Menschen in einer ökonomischen Prekarität leben, in der Umsätze und Einkünfte jeden Monat neu erkämpft werden müssen, während *andere* ein sicheres Auskommen haben, sei es als Beamte, Vermieter oder Empfänger von sogenanntem „passivem Einkommen“, also beispielsweise von Kapitalrenditen. Die Pandemie

betrifft nicht alle gleichermaßen und die soziale Ungleichheit scheint, je stärker sie ausgeprägt ist, Gesellschaften vulnerabler zu machen. Dass mit den USA und Großbritannien zwei ökonomisch sehr ungleiche Gesellschaften besonders stark betroffen waren und noch immer sind, scheint vor diesem Hintergrund erklärbar. Aber auch Gesellschaften mit sehr gleich verteiltem Wohlstand erwiesen sich bekanntlich als verletzlich.

Gerade diese Vulnerabilität moderner Gesellschaften ist die vielleicht eigentlich schockierende Erkenntnis: Auch und gerade hochentwickelte, komplexe, interdependente Gesellschaften können durch Naturereignisse wie eben beispielsweise eine Pandemie innerhalb kürzester Zeit lahmgelegt werden. Welche sozialwissenschaftliche oder politikwissenschaftliche Theorie würde diesen Umstand erhellend beschreiben können? Nun, es ist wohl kein Zufall, dass Ulrich Becks Klassiker im vergangenen Jahr immer wieder aus so manchem Bücherregal geholt wurde: Sein Buch mit dem Titel *Risikogesellschaft* erschien unter dem Schatten der Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986. Den GAU in der Ukraine hatte er während seiner Arbeit an der rund 300 Seiten umfassenden Analyse natürlich nicht antizipieren können. Und doch schien das Buch den Zeitgeist der 1980er-Jahre perfekt auf den Begriff zu bringen.

Auch heute, vor dem Hintergrund der Pandemie, wirkt seine Analyse enorm hellichtig, ja Ulrich Becks erster Satz scheint heute, rund 35 Jahre nach Erscheinen des Buches, wie auf die Gegenwart gemünzt. Dieser Satz lautet: „In der fortgeschrittenen Moderne geht die gesellschaftliche Produktion von *Reichtum* systematisch einher mit der gesellschaftlichen Produktion von *Risiken*.“¹ Alle Mittel, alle Technologien, alle Komplexitäten, die wir aufbauen und verwenden, um Reichtum zu generieren, produzieren je neue Risiken, die diesen Reichtum wiederum gefährden. Und ist es nicht genau so? Zeigt die Corona-Krise nicht genau dies? Das Outsourcing nach China, die günstigere Produktion von Pharmazeutika in Indien, die beständige Verlängerung und Verkomplizierung von Lieferketten, am besten noch just in time, die große globale Mobilität von Menschen, ja so wird vermutet der Kontakt mit seltenen Wildtieren – all diese meist nur implizit gefällten Entscheidungen dienten der Produktion von neuem Reichtum und sie produzierten zugleich neue Risiken.

Ulrich Beck sprach in diesem Kontext auch von den „Nebenfolgegefährdungen“², die den Produkten und Dienstleistungen in den entwickelten Gesellschaften wie eine „Verunreinigung“ (so sein Begriff) anhaften. Dabei hatte er weniger Seuchen und Pandemien vor Augen, als vielmehr die Umweltverschmutzung, den Ressourcenverbrauch, die Anhäufung von Risiken wie sie sich schon damals beispielsweise für die Entlagerung von Atommüll ganz klar abzeichnete. Für das Ineinandergreifen, das „Sich-Vernetzen“ von Risiken wird heute der Begriff der systemischen Risiken verwendet, die beispielsweise von dem Risiko-Soziologen Ortwin Renn sehr klar und verständlich dargestellt wurden.³

¹ Beck, Ulrich, *Risikogesellschaft*. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986, S. 25.

² Ebda. S. 27.

³ Ich empfehle hier ganz besonders zu Lektüre die Abschnitte in: Renn, Ortwin, *Das Risikoparadox. Warum wir uns vor dem Falschen fürchten*, Frankfurt am Main 2014, S. 330-339. Besonders relevant scheint mir hier neben der Vernetzung der nicht-lineare Charakter, also bspw. das exponentielle Wachstum bei Pandemien.

Eine wichtige Pointe bei Ulrich Beck lautete nun, dass das Management, die genaue Analyse, die antizipierende Bearbeitung und vor allem die gerechte Verteilung von Risiken zu den wichtigsten Aufgaben der Politik gehören: Die *Risikogesellschaft*, die Beck beschreibt, ist eine Gesellschaft, die beständig über Risiken spricht, über diese diskutiert, ja sogar heftig über deren Bewertung streitet. Eine Professionalisierung von Risikoanalysen und Risikomanagement ist für Demokratien daher überlebensnotwendig.

Manchen Demokratien ist, so können wir nach einem Jahr Corona-Krise festhalten, dieses Risikomanagement erstaunlich gut gelungen, beispielsweise Taiwan oder Neuseeland, die ja geradezu als Weltmeister der Corona-Bewältigung gelten können. Es stimmt natürlich, dass diese Länder durch ihre Insellage im Vorteil waren. Aber dieser Umstand allein sollte uns nicht vor einer unangenehmen Selbstkritik ausweichen lassen. Gerade in den ältesten Demokratien, in den USA und in Großbritannien, war das Missmanagement spektakulär. Donald Trump versagte nicht nur in der Bekämpfung der Pandemie, sondern trug sogar aktiv zur Verschlimmerung der Situation bei, durch dreiste Lügen über die Gefährlichkeit des Virus, aber auch durch Wahlkampfauftritte oder das sogenannte „rosengarden-super-spreader-event“, einen Empfang zu Ehren der von Trump ins Amt gehieften Richterin am Supreme Court, bei dem im Rosengarten des Weißen Hauses zahlreiche Personen infiziert wurden.⁴

Nun, Trump war und ist zweifellos ein besonderer Fall. Aber die Frage, warum es so vielen Demokratien schwerfällt, Risiken zu antizipieren, nicht nur Pandemie-Pläne vorzuhalten, sondern diese auch umsetzen zu können, stellt sich ja in vielen Demokratien. Kann uns die sozialwissenschaftliche Theoriebildung hier noch einmal helfen?

Ulrich Beck war in seiner Zunft nicht unumstritten. Sein Kollege Niklas Luhmann fand die Theorie der Risikogesellschaft unterkomplex, theoriearm, ja er bezeichnete sie gar als Teil der soziologischen „Regenbogenpresse“. Er mokierte sich regelrecht darüber, das in Wortbildungen wie „Risikogesellschaft“, „Informationsgesellschaft“ oder „Erlebnisgesellschaft“ ein Teilaspekt moderner Gesellschaften zum alles erklärenden Charakteristikum erhoben wurde.⁵ Die Systemtheorie, die er selbst über viele Jahrzehnte entwickelte, trat hingegen mit universellem Anspruch auf: Sie sollte die Komplexität moderner Gesellschaft abbilden, ohne sie unzulässig zu reduzieren.

Luhmann war der Ansicht, es sei naiv von „der Politik“ – was immer das genau im Einzelnen sein mag – ein weitsichtiges, erfolgreiches und nachhaltiges Management von Risiken zu erwarten. Politik, so Luhmanns Gegenthese, kennt nur ihre eigene Logik, ihre eigene Zukunft, ihre spezifischen und daher recht engen Aufmerksamkeitshorizonte. Dass die Debatte um den CDU-Vorsitz die politische Aufmerksamkeit dominierte, während man sich seit November 2019 besser über Schutzausrüstung, Einreisebeschränkungen und Intensivbetten hätte Gedanken machen sollen, hätte Luhmann also nicht überrascht. Das Funktionssystem der

⁴ Vgl.: Bedford, T., Logue, J., Han, P., Wolf, C. et al. (2020). Viral genome sequencing places White House COVID-19 outbreak into phylogenetic context. <https://www.medrxiv.org/content/10.1101/2020.10.31.20223925v1>.

⁵ Luhmann, Niklas, Die Gesellschaft der Gesellschaft. Band 2, Frankfurt am Main 1997, S. 1088ff.

Politik, so Luhmanns These, operiert nach der kurzfristigen Logik von Wahlen, von Machtverteilung, von Allianzen und Konkurrenzen. Das berühmte-berüchtigte „Fahren auf Sicht“ wäre aus Luhmanns Perspektive geradezu der Normalzustand von Politik die einzelnen Akteure eben gefangen in jenem System, in dem sie sich bewegen.

Aber vielleicht wäre das ja gerade eine sehr wichtige Lektion aus der Corona-Krise, dass es nämlich fatal ist zu glauben, man könne sich mit Problemen erst dann beschäftigen, wenn sie da sind. Lektion 1 könnte also lauten: „Fahren auf Sicht“ ist keine erfolgreiche Strategie. Die Kurzfristigkeit, die durch den demokratischen Wettbewerb entsteht, ist eine echte Gefahr, eine Gefahr, der wir nicht durch Appelle oder Moral begegnen sollten, sondern durch systemische Antworten. Auch um die Folgen des Klimawandels sollten wir uns nicht erst sorgen, wenn sie vollends da sind. Erstens ist es dann zu spät und zweitens sind die Auswirkungen der Erderwärmung auch bei uns bereits beobachtbar. Die Politik braucht dringend einen weiteren, einen größeren Aufmerksamkeitshorizont, ein Gegenprogramm gegen den „short-termism“, das bloße „Fahren auf Sicht“. Wo aber ist unsere Agenda 2030?

Inputlegitimation oder Expertokratie

Damit komme ich zum zweiten Schritt. Meine zugegebenermaßen schematische Kontrastierung von Ulrich Beck und Niklas Luhmann bedürfte natürlich zahlreicher Verfeinerungen und Differenzierungen. Vor allem könnte man die Fortentwicklung der Risikosoziologie viel ausführlicher darstellen. Aber vielleicht genügt diese zugegebenermaßen sehr grobe Skizze doch, um die Frage zu umreißen, die die Corona-Pandemie in aller Dringlichkeit aufwirft: Wie gelingt es der Politik einen angemessenen Aufmerksamkeitshorizont zu entwickeln? Lassen sich institutionelle, strukturelle, systemische Antworten auf die Frage finden, wie wir professionelles, antizipationsfähiges Risikomanagement in die Politik bringen?

Die klassische Antwort darauf lautet natürlich: Expertise. Und wer hat Expertise? Natürlich Expertinnen und Experten. Auch hier lohnt es sich Ulrich Becks Klassiker heute noch einmal zu konsultieren. Er diagnostizierte nämlich bereits Mitte der 80er-Jahre einen Trend, der heute die Kommunikation zwischen Exper*innen und den Bürgerinnen und Bürgern prägt: Expertise wird nicht mehr unhinterfragt angenommen. Die Bürgerinnen und Bürger konsultieren Gegenexperten, sie wollen mehrere Meinungen hören, sie wollen nicht nur Ergebnisse sondern auch Herleitungen und Begründungen.

Ganz explizit schreibt Ulrich Beck 1986, dass es die persönliche Glaubwürdigkeit ist, die im Durcheinander konkurrierender Stimmen so etwas wie Orientierung geben kann.⁶ Und diese Glaubwürdigkeit muss durch Ehrlichkeit erarbeitet werden. Der legendäre Corona-Podcast des NDR lieferte über Monate genau das: ausführliche Argumentationen, Hinweise auf wissenschaftliche Studien, Verweise auf brandneue Paper und soeben hochgeladene pre-prints, stets versehen mit dem Hinweis, dass die Wissenschaft ein Suchprozess und keine Offenbarungsreligion ist.

Dass Bürgerinnen und Bürger die Wissenschaft zur Begründung ihrer Ergebnisse und zur diskursiven Einbettung ihrer Empfehlungen benötigen, kann aus demokratiethoretischer Sicht als ein Schritt der Emanzipation gewertet werden. Blinde Wissenschaftsgläubigkeit und das Outsourcing der eigenen Urteilskraft an

⁶ A.a.O., S. 274-278.

Expertinnen und Experten können gefährlich sein. In diesem Fall würde aus der Demokratie nämlich eine Expertokratie werden. Dann würde die Wissenschaft die Politik nicht mehr nur beraten, sondern regelrecht ersetzen. Das provoziert dann nur Misstrauen und womöglich gar Verschwörungsmymen. In Ländern wie Frankreich, wo es eine analoge diskursive Erläuterung wissenschaftlicher Erkenntnis und möglicher Maßnahmen nicht gab – also, um es platt zu sagen, kein so gutes *podcast*-Angebot – ist das Misstrauen gegenüber der Expertise der Virologie und gegenüber der Regierung deutlich größer.

Gerade die diskursive Erschließung und Erläuterung des allmählichen Fortschritts von Wissen, das Einräumen von Unsicherheiten und vagen Schlüssen, erhöht das Vertrauen in die Wissenschaft. Eine Lektion 2 lautet also, so mein Vorschlag, dass wir was uns in der Corona-Krise geholfen hat, auch im Falle der Klimakrise anwenden sollten: ein regelmäßiges, diskursives update durch Expertinnen und Experten, in dem die Unsicherheiten offen benannt, aber die wissenschaftliche Validität zugleich klar verteidigt wird. Von einem Klima-Update parallel zum Corona-Update würde unsere demokratische Debatte über den richtigen Weg in der Klimafrage enorm profitieren.

Welche Maßnahmen für die Einhegung des Klimawandels zu empfehlen sind, wo die Herausforderungen liegen, wie sich neue wissenschaftliche Erkenntnisse in Politik umsetzen lassen: All diese interdisziplinär oder transdisziplinär zu bearbeitenden Fragen stellen sich nämlich bezüglich der Klimakrise in analoger Weise zur Corona-Krise. Wir sollten uns folglich auf die Suche machen nach Personen, die für die Klimadebatte das leisten können, was Christian Drosten und Sandra Ciesek oder Mai Thin Nguyen-Kim paradigmatisch für die Corona-Krise geleistet hat. Vielleicht wird man hier bei den Gästen mehr Fluktuation haben, man wird das Format nicht völlig übertragen können, aber auch bezüglich der Klimapolitik brauchen wir eine wissenschaftlich fundierte und zugleich politisch offene Debatte über Risiken, Kosten und vor allem eine langfristige, möglichst kohärente Strategie.

Kurze Wahlzyklen – kleine Aufmerksamkeitshorizonte?

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt: Die Frage nach der kohärenten Strategie. Wieviel Kohärenz, also logische Schlüssigkeit lässt sich bei hektisch umgesetzten Maßnahmen erwarten? Vermutlich geht es Ihnen ähnlich wie mir: Immer wieder blickt man auf einige der Corona-Maßnahmen und findet logische Widersprüche. Wenn dieses erlaubt ist, warum ist dann jenes verboten? Und sind viele Grenzwerte nicht willkürlich gesetzt? Sind nicht auch die Zeiten für die Sperrstunden beliebig definiert? Warum 20 Uhr und nicht 20.15 Uhr, so könnte man fragen. Verlangen wir von einem Normensystem, bspw. der Straßenverkehrsordnung oder dem Steuerrecht nicht auch logische Konsistenz, also echte Widerspruchslosigkeit?

Ich will so manche unlogisch erscheinende Entscheidung nicht kleinreden. Manche Widersprüche scheinen in der Tat schwer erträglich. Stimmt es beispielsweise wirklich, dass man die Risikogruppen in den Alten- und Pflegeheimen nicht systematischer hätte schützen können? Die Erfahrungen in Tübingen legen das Gegenteil nahe. Und hätte man nicht im Sommer 2020 die systematische Anwendung von FFP2-Masken ab Herbst vorbereiten können, so dass ab September 2020 nur noch die wirkungsstärkeren Masken in Gebrauch gewesen wären?

Derartige Fragen stellen sich vermutlich viele von uns, und zwar völlig zu Recht. Eine Demokratie lebt ganz zentral davon, dass die Bürgerinnen und Bürger mitdenken und die parlamentarische Opposition den Finger in die Wunde legt. Aber in einem Moment der akuten Krise ist der Wunsch nach völliger Kohärenz womöglich zu anspruchsvoll. Auch in anderen Fällen ziehen wir Grenzen, die letztlich beliebig sind.

Warum beispielsweise darf man den Führerschein mit 18 machen und nicht mit 17 oder 19? Warum dauert ein Fußballspiel 90 Minuten und nicht 80 oder 100? Irgendwo muss man eine Linie in den verwehenden Sand der Wirklichkeit ziehen. Manche der Maßnahmen sollten wohl auch den Ernst der Lage verdeutlichen und eine generelle Atmosphäre der Vorsicht generieren. Man hätte vieles anders machen können, aber irgendwie musste man es auch machen. Den Anspruch auf Konsistenz sollten wir nicht aufgeben, aber man darf ihn wohl auch nicht verabsolutieren.

Wichtiger wäre indes eine systematische Evaluation der Maßnahmen gewesen. Und noch besser wäre es natürlich, die Maßnahmen wären gar nicht nötig, man würde die Probleme antizipieren. Gerade das aber, so hatten wir eingangs gesehen, fällt in politischen Kontexten offenbar schwer. Vor dem 11. September 2001 unterschätzte man die Bedrohung durch den islamistischen Terror, vor der Lehman-Brothers-Pleite ignorierte man die Risiken auf dem Immobilienmarkt, auch angesichts der sogenannten Flüchtlingskrise erwies sich die Politik bekanntlich als „getrieben“⁷. Auch vom Rechtsterrorismus wurde im Kontext des NSU oder des Anschlags von Hanau behauptet, seine Dimension sei außerhalb des Vorstellbaren gewesen. Auch der Sturm auf das Kapitol in Washington als „unamerikanischer Akt“ oder als geradezu „surreal“ bezeichnet. Daher sei das Sicherheitspersonal unterbesetzt gewesen. Immer wieder dieses Wort: „unvorstellbar“. Und so war es auch vor einem Jahr in Deutschland, zu Beginn der Pandemie: Der Präsident des RKI Lothar Wieler sagte am 20.3. 2020 wörtlich: „Wir sind in einer Krise, deren Ausmaß ich mir nie hätte vorstellen können“. Wieder also dieses Wort: „Unvorstellbar“. Aber waren die Dinge wirklich so unvorstellbar?

Es geht mir keineswegs darum, das RKI zu kritisieren. Bemerkenswert finde ich an dieser Aussage vielmehr, dass hier ein systematisches Problem benannt wird (wenn auch vielleicht unfreiwillig): nämlich der Mangel an Vorstellungsvermögen.

Die menschliche Fähigkeit zur Imagination, unsere Fähigkeit, sich Abwesendes, ja sogar Inexistentes vorstellen zu können, hat die Philosophie seit den Anfängen fasziniert. Jean-Paul Sartre hat der menschlichen Imaginationskraft ein ganzes Buch gewidmet. Der Mensch kann ganze Welten erfinden, die fantastische Literatur ist bekanntlich ein eigenes Genre. Robert Musil sprach vom menschlichen „Möglichkeitssinn“, den er dem Wirklichkeitssinn an die Seite stellte. Die Fantasie gilt heute jedoch vor allem als Kompetenz von Träumern, Literaten, ja vielleicht sogar etwas nerdigen Spinnern. Kurz ist der Weg von der Fantasie zur Fantasterei. Angesehen ist Fantasie nur noch bei Unternehmerinnen und Unternehmern.

Was Lothar Wieler in seiner Aussage selbstkritisch bemerkt hat, ließe sich folglich auch als Plädoyer für die Wiederentdeckung der Vorstellungskraft lesen: Um Krisen zu antizipieren, hätte man mehr Fantasie gebraucht. Die jetzige Situation hätte man

⁷ Mit dieser Formulierung spiele ich natürlich auf das Buch von Robin Alexander an: *Die Getriebenen: Merkel und die Flüchtlingspolitik: Report aus dem Innern der Macht*, München 2017.

sich durchaus vorstellen können, ja sogar vorstellen müssen. Und einige Akteure haben die Szenarien für mögliche Pandemien ja sehr detailliert durchgespielt. Genau dazu sind Katastrophenpläne da, dass sie auf jene Situationen vorbereiten, die wir uns nur mit Anstrengung oder Fantasie vorstellen können.

Eine **dritte Lektion** könnte also lauten: Wer Visionen hat, sollte nicht zum Arzt gehen, wie Helmut Schmidt bekanntlich empfahl. Im Gegenteil: Wenn wir nicht nur auf Sicht fahren wollen, sondern unsere Zukunft aktiv gestalten wollen, brauchen wir Fantasie, nicht nur um mögliche Risiken durchzuspielen, sondern auch um Möglichkeitshorizonte zu erschließen. Genau darin könnte aber ein systematisches Problem der Institutionen liegen: Um Präsident des RKI zu werden, braucht man einen hochentwickelten Wirklichkeitssinn. Man muss nüchtern und faktenbasiert arbeiten und sich jeder Fantasterei enthalten. Um dann aber den Job gut zu machen, braucht man auch das Gegenteil: Vorstellungsvermögen, Möglichkeitssinn, Fantasie. Wer sich mit Seuchen beschäftigt, muss sich grundsätzlich so ziemlich alles vorstellen können.

Diese dritte und letzte Lektion ist vielleicht die wichtigste Lehre nach einem Jahr Corona-Krise: Wenn wir den Aufmerksamkeitshorizont der Politik erweitern wollen, um einen reaktiven Modus zu überwinden, müssen wir Mechanismen entwickeln, die den Möglichkeitssinn systematisch in die Politik einspeisen. Die These, dass die Demokratie auch Fantasie braucht, wäre dann keine bloße romantische Schwärmerei, sondern schlicht die Einsicht in eine Notwendigkeit in der Risikogesellschaft.

Wir hatten gesagt, die Corona-Krise habe den Schleier weggerissen, der so manchen Missstand verborgen hat. Wie ein Brennglas macht die Krise bereits zuvor bestehende Probleme sichtbar. Man kann aber auch ein anderes Denkbild bemühen: Die Corona-Krise als eine Art Generalprobe, als Möglichkeit zu lernen. Dieses kollektive Lernen sollte nicht zu kleinteilig ausfallen. Wir sollten auch im kollektiven Lernen ehrgeizig sein. Entscheiden Sie gerne selbst, ob meine drei Vorschläge hierzu einen hilfreichen Beitrag leisten.
